

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

16. WP - 81. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Oktober 2008, 13:15 Uhr,  
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Werner Kalinka (CDU)

Vorsitzender

Peter Lehnert (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Peter Eichstädt (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Karl-Martin Hentschel

**Weitere Abgeordnete**

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes</b>	<b>4</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2123	
<b>2. Bericht des Justizministeriums zum geplanten Präventionsprojekt für potenzielle Sexualstraftäter nach dem Vorbild des Projektes Dunkel- feld in Berlin</b>	<b>5</b>
Antrag des Abg. Wolfgang Kubicki (FDP) Umdruck 16/3499	
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>8</b>

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 13:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/2123

(überwiesen am 18. Juni 2008 an den **Finanzausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3210, 16/3285, 16/3298, 16/3306, 16/3307, 16/3526,  
16/3539

Abg. Puls schlägt vor, sich der Empfehlung des federführenden Finanzausschusses anzuschließen.

Abg. Koch weist darauf hin, dass unter Artikel 2 des Gesetzentwurfs noch das Inkrafttretungsdatum geändert werden müsse und verweist auf einen entsprechenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD, Umdruck 16/3539.

Abg. Kubicki betont, dass seine Fraktion gegen den Antrag zur Änderung des Datums des Inkrafttretens, Umdruck 16/3539, nichts einzuwenden habe und ihm deshalb zustimmen werde. Bei der Gesamtabstimmung werde sich seine Fraktion jedoch enthalten.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der FDP spricht der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Finanzausschuss aus, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, Drucksache 16/2123, in der durch Umdrucke 16/3526 und 16/3539 geänderten Fassung zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Justizministeriums zum geplanten Präventionsprojekt für potenzielle Sexualstraftäter nach dem Vorbild des Projektes Dunkelfeld in Berlin**

Antrag des Abg. Wolfgang Kubicki (FDP)  
Umdruck 16/3499

hierzu: Umdruck 16/3538

M Döring verweist zu Beginn seines Berichtes auf die Darstellung des Präventionsprojektes Dunkelfeld in Berlin, Umdruck 16/3538, das Grundlage für das Projekt in Schleswig-Holstein sei. Allerdings werde das schleswig-holsteinische Projekt nicht nur Therapie beinhalten, sondern auch Forschung. Bundesweit sei es damit das erste Projekt dieser Art.

Er stellt weiter einleitend fest, dass man davon ausgehe, dass 0,3 bis 0,7 % der Männer zwischen 18 und 79 eine pädophile Neigung hätten. Das seien umgerechnet auf Schleswig-Holstein 2.500 bis 7.800 Personen. Die Pädophilie lasse sich nicht gleichsetzen mit sexuellem Missbrauch, also der Straftat, sondern stelle zunächst einmal lediglich eine Neigung dar, die nicht strafbar sei. Männer mit einer solchen Neigung dürfe man nicht von vornherein kriminalisieren. Man müsse ihnen Therapieangebote machen, damit diese lernten, mit ihrer Neigung vernünftig umzugehen.

M Döring berichtet, dass es seit Februar 2007 Überlegungen in der Landesregierung gebe, ein Präventionsprojekt für potenzielle Sexualstraftäter einzuführen. Das Justizministerium habe sich zunächst zurückgehalten, da die Förderung und Initiierung eines solchen Programmes auch eine Aufgabe des Wissenschaftsministeriums oder des Sozialministeriums sein könnte. Da aus diesen beiden Häusern jedoch noch kein Vorstoß in diese Richtung unternommen worden sei, habe er sich entschlossen, dieses wichtige Projekt jetzt anzustoßen. Es handele sich jedoch nicht um ein Projekt des Justizministeriums, sondern um ein Projekt des UK S-H handele, in dessen Rahmen diagnostische und therapeutische Maßnahmen für Männer, die bisher noch keine sexuellen Übergriffe auf Kinder begangen hätten, dies aber befürchteten, und auch für Männer, die bereits sexuelle Übergriffe auf Kinder begangen hätten, aber den Strafverfolgungsbehörden noch nicht bekannt seien, durchgeführt werden sollten.

M Döring stellt fest, dass Pädophilie in strengem Sinne nicht heilbar, aber therapierbar sei. Ein Pädophiler sei vergleichbar mit einem Suchtkranken, auch er müsse lernen, mit seiner Krankheit umzugehen.

Bei dem schleswig-holsteinischen Projekt werde man sich an das anlehnen, was in Berlin im Rahmen des Projektes „Dunkelfeld“ an der Charité schon auf den Weg gebracht worden sei. Im Wesentlichen werde es um therapeutische Angebote und medikamentelle Behandlungen gehen.

Ziel sei es, im nächsten Jahr mit einer Informationskampagne zu starten. Hierfür wolle man eine Werbeagentur gewinnen, die das möglichst kostenfrei durchführe. Die Fachleute gingen davon aus, dass ein Erfolg einer solchen Therapie eher gegeben sei, wenn der Therapiestandort nahe am Wohnort liege. Deshalb werde sich das Projekt an Schleswig-Holsteiner richten.

Zur Finanzierung führt M Döring aus, im Rahmen des Projektes seien 1,5 Stellen eingeplant. Hierbei gehe es um die Einstellung eines ärztlichen oder psychologischen Psychotherapeuten und einer halben technischen Mitarbeiterstelle. Diese Stellen sollten beim UK S-H angesiedelt werden. Sein Haus - so M Döring weiter - werde die entsprechenden Mittel über die Nachschiebeliste beantragen. Insgesamt seien 80.000 € für das Projekt veranschlagt. Sein Haus werde dem Landtag dazu auch einen Deckungsvorschlag aus dem Bereich des Justizministeriums vorlegen. Das Projekt solle zunächst über zwei Jahre finanziert werden. Es könne aber nicht sein, dass die Finanzierung dieses Projektes zu einer Daueraufgabe des Landeshaushalts werde. Man müsse schauen, ob man in Zukunft möglicherweise auch Krankenkassen oder andere Kostenträger dazu gewinnen könne, sich hier zu beteiligen. Das sei nicht ganz einfach, da im Rahmen des Projektes natürlich die Anonymität der Teilnehmer gesichert werden müsse. Hierbei handele es sich jedoch um ein bundesweites Problem, das gelöst werden müsse.

Abg. Kubicki begrüßt für seine Fraktion die Initiative und erklärt unter anderem, eine Ansiedlung des Projektes beim Sozialministerium wäre wünschenswert gewesen. Er möchte wissen, ob die Einrichtung von 1,5 Stellen im Rahmen dieses Projektes wirklich ausreichend sei. Wenn man dieses Projekt vernünftig und wirkungsvoll angehen wolle, müsse sichergestellt sein, dass es nicht an personellen Kapazitäten scheitere. Er sichert die Unterstützung seiner Fraktion zur Durchführung des Projektes zu. - M Döring antwortet, die 1,5 Stellen seien vonseiten der Initiatoren beim UK S-H gefordert worden. Ob diese ausreichten, könne er im Moment nicht beurteilen.

Zur Frage von Abg. Kubicki, wann das Projekt konkret gestartet werde, erklärt M Döring, idealerweise wolle man im Januar 2009 mit einer Auftaktveranstaltung beginnen. Wichtig sei,

dass man erst dann offensiv an die Öffentlichkeit gehe, wenn die entsprechenden Telefone besetzt seien und Anrufe auch entgegengenommen werden könnten.

Auch Abg. Birk begrüßt das vorgestellte Programm. Sie möchte wissen, was mit den Männern passiere, die an dem Programm nicht teilnehmen könnten, weil sie schon straffällig geworden seien. - M Döring antwortet, man müsse unterscheiden zwischen denjenigen Männern, die schon straffällig geworden seien und gegen die Ermittlungen liefen, also die Straftäter, und denjenigen, die noch nicht straffällig geworden seien, bei denen man noch präventiv tätig werden könne. Für diejenigen, die schon strafbewährt seien, gebe es im Rahmen des justiziellen Verfahrens Möglichkeiten der Therapie, zum Beispiel über Auflagen in einem Strafurteil oder auch über Sozialtherapiemöglichkeiten im Rahmen einer Gefängnisstrafe. Diese Gruppe werde also nicht unbetreut gelassen. Das Projekt richte sich dagegen an diejenigen, die noch nicht auffällig geworden seien und denen dementsprechend auch noch keine Hilfen angeboten worden seien.

Abg. Lehnert spricht auch für die Fraktion der CDU die Unterstützung zu diesem Projekt aus. - Abg. Puls schließt sich dem für seine Fraktion an.

Abg. Eichstädt betont, man müsse zwischen denjenigen pädophil veranlagten Männern unterscheiden, die Hilfe suchten und diese auch annehmen wollten, und den sozusagen unbelehrbaren Pädophilien, die sich unter anderem über Internetforen organisierten.

Abg. Birk schlägt vor, die Informationen zu diesem Projekt auch dem Sozialausschuss zuzuleiten.

Abg. Schlosser-Keichel fragt nach der Veranstaltung auf Bundesebene, bei dem über das Präventionsprojekt „Dunkelfeld“ der Berliner Charité berichtet worden sei. - St Dr. Schmidt-Elsaesser berichtet, die Veranstaltung habe gezeigt, dass die Charité auf diesem Feld im Moment in Deutschland führend sei. Schleswig-Holstein werde dann das zweite Bundesland, das sich dieses Problems annehme. Wichtiges Thema sei dabei die Diskussion mit und über Kostenträger für dieses Projekt gewesen. Klar sei, dass Pädophilie eine Krankheit darstelle, auch wenn sie nicht heilbar, sondern nur beherrschbar sein könne. Deshalb müssten für entsprechende Projekte auch andere Kostenträger als das Land einspringen. Dies sei ein wichtiges Ergebnis des Gesprächs gewesen. Darüber hinaus habe Herr Beyer, Professor an der Charité und Leiter des Projektes „Dunkelfeld“ in Berlin, noch einmal deutlich gemacht, dass die Chancen für eine positive Behandlung umso größer seien, je näher der Proband an dem behandelnden Institut wohne.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, greift den Vorschlag von Abg. Birk auf, auch dem Sozialausschuss die Informationen zu dem Projekt zuzuleiten und schlägt vor, dass das Justizministerium noch einmal auf einer Seite zusammenfasse, worum es bei dem Projekt in Schleswig-Holstein gehe. - M Döring erklärt, dies werde sein Haus gern nachreichen. Außerdem sei er natürlich auch bereit, vor dem Sozialausschuss über das Projekt zu informieren, wenn dies gewünscht werde.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 13:45 Uhr.

gez. Werner Kalinka  
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin